Das Hochrheinproblem

Verhandlungswunsch der Regierung von Baden-Württemberg

Stuttgart, 7. Juli. ag Die Landesregierung von Baden-Württemberg hat den neuen *Generalverkehrsplan* veröffentlicht, der die Verkehrspolitik von Baden-Württemberg in den nächsten fünf Jahren bestimmt. In diesem Generalverkehrsplan setzt sich die Landesregierung nachdrücklich *für die Schiffbarmachung des Hochrheins* ein. Sie berichtet über die bisher mit den Bonner Behörden geführten Verhandlungen und gibt einen vom Bundesverkehrsminister empfohlenen Finanzierungsplan für den Hochrhein zwischen *Basel* und dem *Raum Waldshut* (1. Bauetappe) bekannt.

Zur *Frage einer Mitbeteiligung der Schweiz* an dieser ersten Bauetappe heißt es im neuen Generalverkehrsplan wörtlich: «Die Landesregierung hält es für geboten, daß so bald wie möglich *informatorische deutsch-schweizerische Gespräche* über den Ausbau des Hochrheins aufgenommen werden, weil abgeklärt werden muß, inwieweit sich darüber eine grundsätzliche Uebereinstimmung mit der Schweiz erreichen läßt.»

Hinsichtlich der *2. Etappe* des Hochrhein*ausbaus* (Raum Waldshut bis Bodensee) weist der Generalverkehrsplan auf den Beschluß des baden-württembergischen Landtags vom 24. Oktober 1963 hin, in dem die Landesregierung ersucht wurde, in *Verhandlungen mit der Schweiz und Oesterreich* zu prüfen, ob als Grundvoraussetzung eines Anschlusses des Bodensees an die Hochrheinschiffahrt ausreichende Garantien für die Reinhaltung des Bodensees, die Erhaltung der Landschaft und eine angemessene Begrenzung der Industrialisierung in der Uferzone des Bodensees geschaffen und in zwischenstaatlichen Vereinbarungen verankert werden können. Gegenwärtig sei die *internationale Gewässerschutzkommission* für den Bodensee mit der Ausarbeitung eines *Entwurfs der Reinhalteordnung* beschäftigt, die in dieser Richtung ein wirksames Instrument bilden könnte.

Der Generalverkehrsplan von Baden-Württemberg erwähnt auch die im Mai 1965 veröffentlichte Stellungnahme des *Bundesrats* zur Binnenschiffahrtsfrage, wobei sich der Bundesrat hinsichtlich der Hochrheinschiffahrt erneut zu den im deutsch-schweizerischen Vertrag vom Jahr 1929 übernommenen Verpflichtungen bekannt habe.

KANTON ZÜRICH

Rechnungsgemeinde in Schlieren

(Korr.) Unter dem Vorsitz von Gemeinderatspräsident *Dr. E. Epprecht* wickelten sich die Geschäfte der *Rechnungsgemeindeversammlung* von Schlieren sehr speditiv ab. Vorerst stand die Rechnung 1965 der *Politischen Gemeinde* zur Diskussion. Der *Ordentliche Verkehr* ergab Einnahmen in der Höhe von rund 3,36 Mill. Fr. und Ausgaben von 3,35 Mill. Fr. Der Einnahmenüberschuß von 14 000 Fr. wird als Einlage in die Steuerausgleichsfonds verwendet. Die im Budget 1965 vorgesehene Entnahme von 498 000 Fr. aus der Reserve mußte nicht getätigt werden. Eine Steigerung erfuhren hingegen die Zinslasten für entlehnte Kapitalien. 292 000 Fr. waren im Budget eingesetzt und 369 000 Fr. wurden ausgegeben.

Der *Außerordentliche Verkehr* brachte Einnahmen von 562 000 Fr., denen 2,64 Mill. Fr. Ausgaben gegenüberstehen. An den Ausgabenüberschuß von 2,08 Mill. Fr. wird vom Ordentlichen Verkehr ein Beitrag von 380 000 Fr. geleistet. Der Schuldentilgung der folgenden Jahre bleiben 1,7 Mill. Fr. vorbehalten. Die *ungedeckte Schuld* ist im Rechnungsjahr 1965 von 1,13 Mill. auf 2,75 Mill. angestiegen. Ohne große Diskussionen wurden die Rechnungen 1965 einstimmig genehmigt.

Als Folge der Ablehnung des Kalktarren-Schulhausprojektes konnte die *Schule* mit einer besseren Rechnung abschließen. 3,18 Mill. Fr. Einnahmen stehen im *Ordentlichen Verkehr* 2,7 Mill. Fr. Ausgaben gegenüber. Der Einnahmen-Ueberschuß kommt zu 9000 Fr. in den Steuerausgleichsfonds und 470 000 Fr. in den Fonds für außerordentliche Ausgaben. Im *Außerordentlichen Verkehr* ergaben sich 361 000 Fr. Einnahmen und 1,25 Mill. Ausgaben. Der einmalige Beitrag aus dem Ordentlichen Verkehr wurde auf 392 000 Fr. festgesetzt. Somit bleibt für die Tilgung in den nächsten 25 Jahren eine halbe Million. Die *ungedeckte Schuld* am Ende des Rechnungsjahres beträgt 5,15 Mill. Fr. Auch diese Rechnung wurde ohne wesentliche Diskussionen genehmigt.

Nebst den Rechnungsabschlüssen waren noch einige *Sachgeschäfte* zu erledigen, so unter anderem ein Antrag des Gemeinderates auf Erwerb von 447,5 m² Baumgarten an der Brunngasse zum Preis von 176 770 Fr. Dieses Land gehört zum Kernstück des Planungsgebietes «Schlieren-West», wo einmal das neue Gemeindehaus und das Feuerwehrdepot entstehen sollen. Die Versammlung stimmte diesem Kreditbegehren zu.

Durch die immer prekärer werdenden Verkehrsverhältnisse im Dorfzentrum sah sich der Gemeinderat veranlaßt, für die *Chilbi* und allfällige *Zirkusdarbietungen* nach einem neuen *Platz* Umschau zu halten. Bis anhin wurde der Dorfplatz benützt, der jedoch als Parkplatz dienen muß. Die Wahl fiel auf das gemeindeeigene Land an der Bachstraße. Die vorgesehene Wiese soll auf eine Länge von etwa 90 Metern und einer Breite von 55 Metern abgestoßen, entwässert und mit Auffüllmaterial belegt werden. Der Gemeinderat will einmal nicht den Weg des Perfektionismus gehen. Es stünde jedoch die Möglichkeit offen, den Platz in späteren Jahren mit einem Belag zu versehen. Durch die Ausarbeitung dieses Platzes entstehen wieder Parkplätze, die auch in Schlieren dringend nötig sind. Dem Kredit von 70 000 Fr. stimmte die Gemeindeversammlung diskussionslos zu.

Abschließend stand die Abänderung der im Jahr 1963 geschaffenen *Stipendienverordnung* zur Diskussion. Die Einkommensgrenzen werden den veränderten Verhältnissen angepaßt. Neu soll auch der Mietzins berücksichtigt werden. Nach kurzer Diskussion genehmigte die Versammlung die Abänderungen.

Großer Gemeinderat von Uster

In der Sitzung vom 4. Juli genehmigte der Große Gemeinderat von Uster einstimmig und ohne wesentliche Diskussion sämtliche *Rechnungen* der Politischen Gemeinde und der Oberstufenschulgemeinde für 1965. Wir haben diese Rechnungen in den allgemein interessierenden Punkten an dieser Stelle kürzlich besprochen und dabei auf die erheblichen finanziellen Belastungen als Folge der baulichen Entwicklung und der starken Bevölkerungszunahme hingewiesen. Die Steuerkraft von Uster liegt noch etwas unter dem Mittel der gleich großen Gemeinden in der Schweiz, der Gesamtsteuersatz von 159 Prozent der einfachen Staatssteuer leicht über dem Mittel. Interessant ist ferner, daß die ungedeckte Schuld der Gemeinde Uster im Verhältnis zur Einwohnerzahl zehnmal größer ist als jene von Winterthur und viermal größer als jene von Zürich. Die öffentlichen Bauaufgaben sind laut Programm für die nächsten zehn Jahre auf rund 40 Millionen Franken berechnet. Zwar schloß die Gesamtrechnung der *Politischen Gemeinde* letztes Jahr mit einem *Einnahmenüberschuß* günstiger ab als vorgesehen, da die Steuereingänge größer und die öffentlichen Arbeiten als Folge einer Stagnation im Bevölkerungsstand kleiner waren. Von diesem Einnahmenüberschuß von 962 000 Fr. wurden in Uebereinstimmung mit dem Gemeinderat 950 000 Fr. zur außerordentlichen Schuldentilgung und der Rest von annähernd 13 000 Fr. für den Fonds für kulturelle Aufgaben bestimmt.

Da die *ungedeckte Schuld* auf nahezu 16,5 Millionen Franken angestiegen ist, äußerte die RPK beim Kommentar zur Rechnung die Frage, ob die *kantonale Verordnung für das Rechnungswesen der Gemeinden* aus dem Jahre 1926 mit den Vorschriften über die Schuldentilgung im Zeitraum von 25 Jahren nicht dringend einer *Revision* unterzogen werden sollte. Denn es kommen fast alle Gemeinden mit starker Entwicklungstendenz und nur durchschnittlichem Steueraufkommen pro Kopf der Bevölkerung von Jahr zu Jahr in größere finanzielle Schwierigkeiten. In Uster sind schon heute *34 Steuerprozente*, das heißt ein Drittel des Steueraufkommens der Gemeinde, für die *Verzinsung und Amortisation der Schulden* gebunden! Obwohl die Gemeindeverwaltung mit den gebotenen Mitteln so haushälterisch wie möglich umgeht und die verantwortlichen Behörden einheitlich eine gesunde voraussehende Finanzpolitik betreiben, ist die Sorge um das Gleichgewicht zwischen Aufgaben und Möglichkeiten mehr als verständlich.

Frauenpodium Erlenbach

(Korr.) Das vor einigen Monaten gegründete Frauenpodium Erlenbach führte kürzlich den zweiten öffentlichen *Diskussionsabend* mit dem Thema *«Gemeindeversammlung»* durch. Vorgängig hatte der Arbeitsausschuß des Frauenpodiums die staatsbürgerlich interessierten Frauen zur Gemeindeversammlung vom 17. Juni eingeladen. *Dr. Max Rüggi*, Finanzvorstand, überbrachte den Frauen die Grüße des Gemeinderates. Er erläuterte anhand der Gemeindegutsrechnung die ordentlichen und außerordentlichen Ausgaben. Gemeinderat *Peter Gut* erklärte die allgemeinen Aufgaben und Kompetenzen der Gemeindeversammlung. Die lebhafte Fragestellung aus dem Publikum zeigte, daß sich viele Frauen gerne belehren lassen. Die treffsicheren Antworten der beiden Referenten gaben den Zuhörerinnen einen guten Einblick in die Probleme, mit denen sich die Stimmberechtigten zu befassen haben. Anschließend ergriff Kirchgemeindepräsident *J. Westermann* das Wort.

Das politisch und konfessionell neutrale Frauenpodium Erlenbach hat einen *Bildungsauftrag*. Die Fragen des öffentlichen Lebens sollen den Frauen näher gebracht werden. Die Diskussionsabende werden nach einer zweimonatigen Sommerpause im September dieses Jahres wieder aufgenommen.

AUS DEN KANTONEN

Bern

Ein Offener Brief an den Polizeidirektor

Biel, 6. Juli. ag Der *Bieler Großrat Marcel Schwander* hat einen Offenen Brief an den *Berner Polizeidirektor Dr. Robert Bauder* gerichtet, in dem er ihm zunächst für die Bemühungen dankt, «welche die Demonstration für die Gewissensfreiheit und die Schaffung eines zivilen Ersatzdienstes vom vergangenen Montag ermöglichten». Schwander wirft sodann in dem Brief die Frage auf, ob der *Polizeischutz für die Kundgebung in Ins* ausreichend gewesen sei und den vorher abgegebenen Zusicherungen entsprochen habe. Auf Grund von Beispielen, die er darlegt, gelangt er zu der Feststellung, «daß offenbar nicht genügend Ordnungskräfte zum Schutz der Demonstration, der Demonstranten und der Journalisten bereit waren». Zum Schluß stellt er fest, der Fall zeige, «daß Redefreiheit und Demonstrationsrecht im Staat Bern nicht mehr gewährleistet sind».

Luzern

Giftfreies Gas

Luzern, 6. Juli. ag Wie das Luzerner Gaswerk mitteilt, ist die neue *Spaltgasanlage* schon seit Anfang Juni in Betrieb. Zuerst wurde den Konsumenten eine Mischung von Steinkohlegas und von neuem Spaltgas geliefert. Vor einigen Tagen wurde die Vergasung von Steinkohle vollständig eingestellt, und seither stellt das Werk nur noch Spaltgas her. Das neue Gas hat den gleichen Heizwert und dieselben Brenneigenschaften wie das Steinkohlegas, doch ist es entgiftet.

Schwyz

Fonds für Beiträge an psychiatrische Krankenanstalten

Schwyz, 6. Juli. ag Gemäß einem Kantonsratsbeschluß vom 26. Juni 1906 wurde zweimal im Jahr in allen Pfarr- und Filialkirchen des Kantons Schwyz ein Opfer zur Gründung und Erhaltung einer kantonalen Irrenanstalt aufgenommen. In der Folge zeigte es sich, daß der *Bau einer kantonalen Heil- und Pflegeanstalt nicht verwirklicht* werden kann. Nach dem 1965 erlassenen Gesetz über Staatsbeiträge an Spitalbauten wurden fünfzig Prozent der geäufneten Fonds dem Fonds für Spitalbauten zugewendet. Der Rest von rund 1 140 000 Franken soll nun nach einem Antrag des *Regierungsrates* an den Kantonsrat in einen *Fonds für Beiträge an psychiatrische Krankenanstalten* gelegt werden. Das Kirchenopfer wird nicht mehr aufgenommen.

Baselstadt

Umstellung von Tram auf Bus

Basel, 4. Juli. ag Im Zusammenhang mit dem Neubau der Johanniterbrücke in Basel ist am Montag das Teilstück Badischer Bahnhof–Johanniterbrücke–Bahnhof SBB der ehemaligen *Ringlinie 2* der Basler Verkehrsbetriebe auf Autobusse umgestellt worden. Die Neuerung stößt in großen Gebieten des unteren Kleinbasels und des St.-Johann-Quartiers nicht auf Begeisterung, besteht noch nun aus jenen Gegenden zum Bahnhof SBB keine direkte Verbindung mehr. Zudem wurde am Montag festgestellt, daß die Fahrzeit vom Badischen Bahnhof zum Bahnhof SBB auf dieser Strecke nach der Umstellung auf Bus — vor allem wegen Umsteigens — um *mehr als fünf Minuten länger* geworden ist.

Charter-Air-Terminal in Basel

Basel, 5. Juli. ag Der *Regierungsrat* beantragt einen Kredit von 49 000 Fr. zur Schaffung eines Air-Terminal für Charterflugreisen im *Bahnhof Basel SBB*. Da der *Air-Terminal der Swissair nur den Linienpassagieren* zur Verfügung steht, mußten sich die Chartergesellschaften mit unzureichenden Provisorien begnügen. Verhandlungen mit den Bundesbahnen haben zu einer realisierbaren Lösung des Problems geführt. Die beiden *Wartesäle der SBB* im *Erdgeschoß* des Aufnahmegebäudes neben dem Buffet 2. Klasse sollen als Air-Terminal für Charterflugreisende ausgebaut werden. Die *SBB bauen zwei neue Wartesäle* über den beiden Treppenaufgängen vor dem Auskunftsbüro SBB. Da auch die SBB an einem solchen Charter-Air-Terminal im Bahnhof interessiert sind, sind sie bereit, die restlichen Kosten von 144 500 Fr. selbst zu übernehmen.

Zweiter Lehrstuhl für Systematische Theologie an der Universität

Basel, 6. Juli. ag Der Regierungsrat des KantonsBaselstadt hat rückwirkend auf den 1. April an der Theologischen Fakultät der Universität Basel einen zweiten Lehrstuhl für Systematische Theologie geschaffen und *Prof. Dr. theol. Hendrik van Oyen*, niederländischer Staatsangehöriger, zum Inhaber dieses Lehrstuhls gewählt. Dieser zweite Lehrstuhl für Systematische Theologie war bisher privat vom *Verein für christlich-theologische Wissenschaft* unterhalten worden. Da dessen Mittel nun nahezu erschöpft waren, hat der Staat auf Antrag der Fakultät den Lehrstuhl übernommen. Der derzeitige Inhaber dieses Lehrstuhls, Prof. Hendrik van Oyen, war 1947 von Groningen an die Basler Universität als Ordinarius ad personam berufen worden. Prof. van Oyen ist durch eine Reihe von Publikationen hervorgetreten. Die bedeutendsten sind «Evangelische Ethik» (1951—57), «Theologische Erkenntnislehre» (1955) und «Botschaft und Gebot» (1962). Er gilt als Fachmann für christlich-ethische Fragen. Unter seinem Präsidium wurde vor einem Jahr in Basel die «Societas ethica», eine internationale und interkonfessionelle Gesellschaft, gegründet.

Genf

Resolution über den Vietnamkrieg im Stadtrat von Genf

Genf, 7. Juli. ag Der *Genfer Stadtrat (Legislative)* bewilligte in seiner Mittwochsitzung verschiedene Kredite. Ein von der Liberalen Fraktion eingereichter *Protest* richtete sich gegen die kürzlichen *Ausschreitungen durch Studenten*. Ein sozialistischer *Protest* wurde erhoben gegen das Verhalten der Polizei gegenüber einer Person, die anläßlich des amerikanischen Unabhängigkeitsfestes ein *Plakat gegen den Vietnamkrieg* herumtrug.

Während der Stadtratssitzung wurde folgende *Resolution über den Krieg in Vietnam* von 60 Ratsmitgliedern unterzeichnet: «Aus Anlaß des 12. Jahrestages des Abkommens von Genf über das Ende der Feindseligkeiten in Vietnam richtet der Stadtrat von Genf einen bereits vom Großen Rat des Kantons Genf angenommenen dringenden Aufruf an die kriegführenden Mächte, ohne Verzug den der Zivilbevölkerung des unglücklichen Landes auferlegten Leiden ein Ende zu bereiten. Der Rat schlägt vor, daß, gemäß dem Geist des Abkommens von 1954, von allen Interessierten die notwendigen Maßnahmen ergriffen werden sollen, um den Frieden in Vietnam wiederherzustellen. Er wünscht, daß die Schweiz ihre Guten Dienste, ihr Territorium und sogar ihre Vermittlung anbieten kann, um dem Krieg ein Ende zu setzen.»

Universität Genf

Genf, 6. Juli. ag Der *Stadtrat* hat *Prof. Paul Bronnimann* zum ordentlichen Professor für Paläontologie an der Universität Genf ernannt. Gleichzeitig wurde *Prof. Jean Tronchet* zum außerordentlichen Professor für Propädeutische Organische Chemie ernannt.

STADT ZÜRICH

Kreisschulpflege Waidberg

(Mitg.) Die neugewählte Kreisschulpflege Waidberg versammelte sich am 13. Juni zu ihrer *konstituierenden Sitzung*. Einige frische Liedervorträge von Höngger Sekundarschülern unter der Leitung ihres Lehrers J. Winkler verliehen der Sitzung einen festlichen Auftakt. Der Präsident der Kreisschulpflege, *Walter Leuthold*, konnte neben 34 bisherigen 13 neue Pflegemitglieder begrüßen. Den Bisherigen dankte er für die Bereitschaft, ihre Arbeitskraft weiterhin zur Verfügung zu stellen; dann gab er der Hoffnung Ausdruck, die Neugewählten möchten in ihrem Amt Freude und Befriedigung finden. Die Arbeit der Kreisschulpflege soll ganz im Interesse des Kindes und zum Besten der Schule erfolgen; hierfür erwartet der Präsident den guten Willen zur Zusammenarbeit bei allen Beteiligten, der in sachlichen Verhandlungen und in verantwortungsbewußten Entscheiden zum Ausdruck kommen soll.

Nach seinen Eröffnungsworten würdigte W. Leuthold die Verdienste einiger am Ende der letzten Amtsdauer *zurückgetretenen Pflegemitglieder*, seines Vorgängers D. F. Zellweger, der während 24 Jahren die Schulpflege präsidierte, sowie der Herren H. Bertschinger, während 20 Jahren Mitglied der Kreisschulpflege, Dr. F. Bodmer, R. Graf, W. Grossmann und W. Hofstetter, die während 16 Jahren der Pflege angehörten.

Hernach wurden das Büro, die Stufenaufsichtssektionen und Fachkommissionen bestellt sowie die Wahlen in Frauen- und Kindergartenkommission vorgenommen.

Liberale Studentenschaft

rn. Vor der Liberalen Studentenschaft Zürich referierte kürzlich *Hans O. Staub* über die jüngsten Entwicklungen der Außenpolitik de Gaulles. Das Thema *«Frankreich ohne Europa — NATO ohne Frankreich»* bot dem Referenten Gelegenheit, unter anderem die Auswirkungen der Moskaureise de Gaulles zu analysieren.

Das Rußlandbild des Generals, so meint Staub, habe sich durch die Reise entscheidend gewandelt, und in Nowosibirsk sei wohl auch für ihn die alte Vorstellung von einem vorwiegend nach Westeuropa orientierten Rußland als Allianzpartner Europas endgültig in den Bereich der Historie gerückt. Die Vision eines «Europa der Vaterländer» vom Atlantik bis zum Ural, unter der Führung Frankreichs, werde, nach Staub, nun vermutlich einer Revision unterzogen werden. Auch die Idee einer Zusammenarbeit mit den osteuropäischen Satellitenstaaten ohne den Rückhalt der Vereinigten Staaten einerseits und der Sowjetunion anderseits habe an Strahlungskraft eingebüßt, und es bahne sich auch bei de Gaulle die Anerkennung der Tatsache an, daß ein europäisches Sicherheitssystem ohne die Garantie der Vereinigten Staaten und der Sowjetunion illusorisch sei.

Durch sein Referat leitete Hans O. Staub eine vielseitige *Diskussion* ein. In der Beantwortung der vielen Fragen zu einer zukünftigen NATO-Politik ohne Frankreich und der französischen Außenpolitik nach de Gaulle ließ sich der Referent bewußt auch auf Prognosen und Spekulationen ein. Die junge Zuhörerschaft dankte dafür mit großem Beifall.

Kleine Mitteilungen

Ausstellung von Europamarken im PTT-Museum

(Mitg.) Im PTT-Museum in Bern wird eine Sonderausstellung, betitelt *«10 Jahre Europamarken»*, gezeigt. Die Schau umfaßt sämtliche bisher erschienenen Europa-Sondermarken der Mitgliedverwaltungen der Europäischen PTT-Vereinigung (CEPT), wobei die schweizerischen Ausgaben sehr detailliert mit Druckproben sowie Vor- und Originalentwürfen gezeigt werden. Die Ausstellung dauert bis zum 4. September.

Ausgabetag für die *schweizerischen Europamarken 1966* ist der 26. September. Es erscheinen wiederum zwei Marken zu 20 und 50 Rappen im Stahlstichtiefdruck. Sie zeigen als Bild ein stilisiertes Boot mit geschwelltem Segel nach einem Entwurf von Gregor und Josef Bender, Regensburg und Bonn. Die Stahlstiche besorgte Albert Yersin, Mont-sur-Rolle.

Mehr Lehrlinge in der Maschinenindustrie

ag Die *Maschinen- und Metallindustrie* hat ihr Lehrlingswesen *stark ausgebaut*. Davon zeugt die Tatsache, daß die Mitgliedfirmen des Arbeitgeberverbandes schweizerischer Maschinen- und Metallindustrieller im Jahre 1965 rund *66 Prozent mehr Lehrlinge* zählten als zehn Jahre früher. Der Bestand hat im letzten Jahr allerdings nur noch leicht — von 17 907 auf 18 025 — zugenommen. Kräftig stieg dagegen nochmals die Zahl der ausgelernten Lehrlinge mit einem Zuwachs von 9,4 Prozent als Nachwirkung der erhöhten Lehrlingseinstellungen in früheren Jahren. Viele Firmen hatten jedoch bedeutende Schwierigkeiten, einen angemessenen Teil der Ausgelernten in ihrem Dienst zu behalten.

Vermächtnis. *ag* Die im November 1965 in *Zug* verstorbene Frau *Berta Speck-Wolf* hat in Erinnerung an ihren ein halbes Jahr zuvor verstorbenen Ehegatten Leo Speck verschiedenen gemeinnützigen und wohltätigen Institutionen größere Beträge vermacht. So erhielten unter anderem die Gemeinnützige Gesellschaft des Kantons Zug 20 000 Franken, das Altersheim der Bürgergemeinde Zug 10 000 Franken, der Schweizerische Zentralverein für das Blindenwesen St. Gallen 5000 Franken, die Heilsarmee Bern 3000 Franken und die Anstalt Balgrist in Zürich 2000 Franken. Sodann hat die Erblasserin die Errichtung einer Stiftung zur Förderung einer Schwesternschule und zur Förderung des Nachwuchses von Krankenpflegepersonal am Bürgerspital Zug angeordnet und als Stiftungsvermögen einen Betrag von 300 000 Franken vermacht.

---

sierten Aschenbrödel-Handlung, die gesanglich zum Teil große Anforderungen stellt, welche vom Ensemble in erfreulicher Art gemeistert wurden, so vor allem von *Mirjana Irosch* in der Titelrolle und *George Kroenlein* als Dandini.

Ueber Werner Egks *«Peer Gynt»*, der die zeitgenössische Oper vertrat, ist hier bereits ausführlich berichtet worden. Größere Sympathie als dem Opernschaffen unserer Zeit bringt *Direktor Walter Oberer* jedoch der früh- und vorklassischen Oper entgegen. Diesmal galt sein Bemühen der «Alkestis» von Gluck, die er in neuer deutscher Uebersetzung von Rudolf Gerber in der Pariser Fassung brachte, allerdings unter Weglassung der letzten Szenen, die mit Hilfe von Herakles und Apoll die Tragödie zu einem glücklichen Abschluß bringen. Es können manche achtenswerte Gründe für diese Lösung ins Feld geführt werden; doch wird damit zweifellos der Symbolgehalt des Werks wesentlich verändert, und zwar in einem Sinne, der wohl nicht dem Geist des 18. Jahrhunderts entspricht. Gerade die Aufführung selbst hat ziemlich eindeutig gezeigt, daß nach der langen Reihe vorwiegend dunkler Szenen das Bedürfnis nach einem aufhellenden Schluß besteht. Ob Gluck seiner Bedeutung entsprechend vom Publikum gewürdigt worden ist, darf man bezweifeln; selbst gebildete Musiker fanden, das Werk sei langweilig. Dieses Urteil ist bestimmt ungerecht. Das Problem liegt vielmehr darin, daß wir weder den Dirigenten noch die Sänger haben, die eine unmittelbare Beziehung zu diesem Stil besitzen und imstande wären, ihn aus starkem innerem Erleben mit der nötigen Ueberzeugungskraft zu interpretieren. Tröstlich ist nur, daß auch größere Bühnen mit denselben Schwierigkeiten zu kämpfen haben, und trotzdem verdient der Einsatz für Gluck Anerkennung, beweist er doch, daß man nicht den Weg des geringsten Widerstandes gehen will.

Kleine Chronik

«Strega»-Preis 1966. Der italienische Schriftsteller *Michele Prisco* hat für seinen Roman *«Una spirale di nebbia»* den «Strega»-Preis erhalten. Bei der Abstimmung der Jury, die sich aus rund 400 Lesern zusammensetzte, erhielt das Werk Priscos 141 Stimmen. Sein stärkster Gegner war Italo Calvino mit *«Les cosmicomiques»*, auf den 120 Stimmen entfielen. Die restlichen Stimmen verteilten sich auf drei weitere Preisanwärter.

Michele Prisco ist 1920 in Neapel geboren. Er gehört zur neuen Generation der italienischen Literatur; sein Schaffen ist durch eine ausgeprägte Rückkehr zur psychologischen Analyse des klassischen Romans gekennzeichnet.

Musiknotizen. *ap* Eine im Jahre 1741 von dem italienischen Geigenbauer *Giuseppe Guarneri* gebaute Geige ist am Montag im Londoner Auktionshaus Sotheby für 13 000 Pfund an einen Händler verkauft worden. Eine von *Antonio Stradivari* stammende Geige aus dem Jahre 1698 fand für 6500 Pfund einen privaten Käufer.